

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 6/2012, 6. Juni 2012

**Liebe Freunde, liebe Genossen und Genossinnen,**

Finanzen, Pakte, Krise, Wirtschaft: das sind die Begriffe, die uns in den letzten Monaten und Jahren ständig in Politik und Öffentlichkeit begleiten. Das sind sicherlich wichtige Themen, mit denen wir uns beschäftigen und für die wir Lösungen erarbeiten müssen. Dennoch dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren, dass Europa aus mehr, weit mehr als aus Geldgeschäften und derer Regulierung besteht. Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder darauf besinnen, was wir an der Europäischen Union positives haben.

Dazu besteht nun endlich die Chance, denn der Wind dreht sich in Europa. Nach Jahren strengster Austerität wächst so langsam selbst bei den Konservativen und Liberalen die Einsicht, dass man auch Wachstumsimpulse braucht und nicht nur sparen kann. So zumindest auf dem Papier.

Seit Jahren fordern wir, Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen deshalb, dass Europa zu einer echten Wertegemeinschaft wächst, in der die Begriffe Solidarität, Gerechtigkeit und soziale Marktwirtschaft keine leeren Worthülsen bleiben. Wir brauchen dringend Investitionen in innovative, nachhaltige Technologien und Gewerbe, um nachhaltiges Wachstum zu schaffen.

Schlicht: wir müssen wieder die Menschen mit ihren Sorgen und Hoffnungen in den Mittelpunkt der Politik setzen.

Herzliche Grüße

Ihre *Evelyne Gebhardt*



Evelyne Gebhardt zeigt ihre Unterstützung. Im Rahmen einer nachdrücklichen Forderung nach mehr Investitionen auf EU-Ebene haben die europäischen Sozialdemokraten eine Europäische Jugendgarantie als Teil der EU-Strategie gefordert.

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Basiskonto

Seite 2

- Wahlen zum ASF-Bundesvorstand
- Lebensmittelherkunft
- ACTA

Seite 3

- Sechs-Punkte-Plan von Merkel
- Lohnungleichheit
- Termine

Seite 4

- Neues aus Europa
- Impressum

**Schluss mit Bürgern
zweiter Klasse****Wirtschaftsausschuss des
Europäischen Parlaments
fordert Basiskonto für Alle**

Jeder Bürger und jede Bürgerin soll ein Recht auf ein Bankkonto haben. Mit deutlicher Mehrheit hat sich der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments für das Recht aller auf Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen ausgesprochen.

„Es ist undenkbar, dass noch immer einige Menschen ihren Alltag praktisch aus dem Sparstrumpf heraus bewältigen müssen. Das Recht auf ein Basiskonto ist längst überfällig“, erklärten die SPD-Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und Peter Simon im Anschluss an die Abstimmung. „Auch wenn Bürger über ein Konto in ihrem jeweiligen Mitgliedstaat



verfügen, darf ihnen in keinem EU-Mitgliedstaat die Eröffnung eines Basiskontos verwehrt werden. Denn nur damit kann die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im jeweiligen Land sichergestellt werden", erläuterte Peter Simon die von ihm im Bericht berücksichtigten Forderungen.

„In der heutigen Zeit ist ein Leben ohne Konto kaum noch vorstellbar. Wir können und wollen nicht zulassen, dass Menschen, seien sie obdachlos oder mit geringen Einkommen, nicht attraktiv für Banken sind und somit aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Auch dürfen Erasmusstudenten nicht weiter vor der Situation stehen 'kein Konto ohne Mietvertrag, kein Mietvertrag ohne Konto', so

Evelyne Gebhardt, Berichterstatterin im assoziierten Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Deshalb soll ein Basiskonto mit allen gängigen Bankdiensten, wie etwa Ein- und Auszahlungen oder Überweisungen, ohne Einschränkungen ausgestattet sein. Zudem soll das Basiskonto kostenfrei oder zu angemessenen Preisen angeboten werden.

Laut Schätzungen sind derzeit rund 30 Millionen Menschen über 18 Jahre in der EU ohne Girokonto. Über sechs Millionen davon wurde der Zugang verwehrt. „Es muss jetzt Schluss sein mit Bürgern zweiter Klasse beim Zugang zu Bankdiensten“, so Evelyne Gebhardt und Peter Simon weiter.

Die EU-Kommission hatte bereits im Juli letzten Jahres eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten gerichtet, Maßnahmen für den Zugang zu grundlegenden Bankdiensten zu ergreifen. Das Europäische Parlament geht jetzt allerdings noch einen Schritt weiter und fordert, dass die Kommission bis Januar 2013 einen Gesetzesvorschlag vorlegt, wenn sich bis Herbst keine nachweisliche Verbesserung der Situation einstellt. „Wenn Empfehlungen an die Mitgliedstaaten ohne Wirkung bleiben, dann muss eben ein Gesetz Abhilfe schaffen. Jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden“, so Simon abschließend. ■



Evelyne Gebhardt im Kreis des neugewählten ASF-Bundesvorstandes

Evelyne Gebhardt bestätigt Spitzenergebnis

Erneut stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD-Frauen

Mit dem besten Stimmergebnis des gesamten Vorstandes wurde Evelyne Gebhardt erneut zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) gewählt. Die Europaabgeordnete aus Mulfingen erhielt überragende 96,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und bestätigte damit ihr Ergebnis der Wahl 2010 klar.

„So erfreulich das Ergebnis ist, so deutlich ist es der Auftrag, auch innerhalb der SPD noch mehr für die Frauen zu tun“, erklärte Evelyne Gebhardt während der Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Frauen in Berlin. Das sei notwendig, weil die SPD von außen und sogar im Innern als Männerpartei wahrgenommen werde.

Darüber hinaus wertete die Abgeordnete ihr Wahlergebnis als Bekenntnis der SPD-Frauen zu Europa. Sie werde von ihnen in der Arbeit für ein gutes Zusammenleben in der Europäischen Union deutlich unterstützt.

Evelyne Gebhardt abschließend: „Dieses Ergebnis zeigt mir, dass ich mit meiner Politik, die die Menschen und nicht die Märkte in den Mittelpunkt setzt auf dem richtigen Weg bin. Deshalb freue ich mich und empfinde die hohe Stimmenzahl als Anerkennung für harte Arbeit.“ ■

ACTA in den Aktenvernichter

Evelyne Gebhardt gegen das Handelsabkommen zur Produkt- und Markenpiraterie

Der Kampf gegen Markenpiraterie in allen Ehren, aber mit dem derzeit im Europäischen Parlament auf dem Prüfstand stehenden Handelsabkommen ACTA wird weit über das eigentliche Ziel hinausgeschossen“, sagte Evelyne Gebhardt, anlässlich der Abstimmung des Ausschusses für innere Sicherheit und bürgerliche Freiheiten über das Abkommen.

„Es freut mich sehr, dass die Vernunft im Ausschuss obsiegte, und ich werde alles daran setzen, dass das Europäische

Parlament insgesamt dieser Empfehlung des Ausschusses folgt“ fügte Evelyne Gebhardt hinzu.

Insbesondere bemängelt Sie den ungenügenden Schutz von Usern beim beabsichtigten Datenaustausch zwischen Internet-Zugangsanbietern und Rechteinhabern. „Natürlich müssen wir die Rechte von Künstlern und Softwareentwicklern schützen, aber dafür brauchen wir adäquate Bestimmungen. Solche Bestimmungen, die gleichzeitig auch die Freiheit



des Netzes respektieren. „Datenschutz ist ein hohes Gut“, so Evelyne Gebhardt weiter, „es wird heutzutage leider all zu leichtfertig anderen Interessen untergeordnet, dass kann und will ich nicht zulassen“.

Hintergrund zu ACTA:

Das Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement; kurz: ACTA) ist ein zwischenstaatlicher Vertrag zwischen der EU und den USA, Australi-

en, Kanada, Japan, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, Südkorea sowie der Schweiz. Das ACTA-Abkommen soll geistiges Eigentum und Online-Inhalte besser schützen. Auch der Kampf gegen kommerzielle Produkt- und Markenpiraterie bei Gütern, Musik und Filmen soll durch das neue Abkommen verbessert werden. Das Europäische Parlament muss dem Vertrag zustimmen, damit er für die Europäische Union in Kraft tritt. ■

Merkels Mogelpackung bringt kein Wachstum

Sechs-Punkte-Plan ist ein Ablenkungsmanöver

Als Mogelpackung und Ablenkungsmanöver hat der Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten Udo Bullmann den laut Medienberichten vorliegenden Sechs-Punkte-Plan der Bundeskanzlerin zur Ankurbelung des Wachstums in der Europäischen Union bezeichnet.

„Europa braucht keine Sonderwirtschaftszonen mit Niedriglöhnen und suspendierten Umweltschutzaufgaben, durch die der Binnenmarkt zerstört und die Einkommens- und Produktivitätsunterschiede weiter vertieft würden. Was fehlt und von der Kanzlerin weiter blockiert wird, ist stattdessen ein intelligentes Wachstumsprogramm, das Energiekosten sparen hilft und die europäische Wirtschaft tauglich für die Zukunft macht“, kritisiert Udo Bullmann.

Udo Bullmann sieht in dem Vorstoß Merkels ein Ausweichmanöver, um sich aus Angst vor Streit mit der FDP nicht mit dem befassen zu müssen, was in Europa auf der Tagesordnung steht: „Die Europäische Union schlittert in die Rezession. Gezielte Investitionsprogramme müssen jetzt greifen, weil ansonsten der Schuldenberg mit dem Niedergang der Wirtschaft weiter in neue Dimensionen

steigt.“ Die SPD-Europaabgeordneten fordern deshalb einen massiven Einsatz der Europäischen Investitionsbank sowie von europäischen wie nationalen Haushaltsmitteln, um Europa auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen.

„Finanzmittel hierfür stehen zur Verfügung. Das Europäische Parlament hat sich mit überwältigender Mehrheit dafür ausgesprochen, die Finanztransaktionssteuer notfalls auch durch verstärkte Zusammenarbeit von mindestens neun Mitgliedstaaten einzuführen. Merkel und Schäuble können hier sofort handeln. Es gibt keinen Grund, sich weiter in die Büsche zu schlagen“, kritisiert Udo Bullmann die Bundesregierung.

„Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit gehört ganz oben auf die europäische Tagesordnung. Er darf nicht weniger ernst genommen werden als Bankenrettung und Haushaltskonsolidierung. Deshalb muss sich die Bundesregierung dringend dafür einsetzen, dass verpflichtende Ziele zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in die europäischen Mechanismen der Haushaltsüberwachung aufgenommen werden“, fordert Udo Bullmann abschließend. ■

Gleicher Lohn kennt kein Geschlecht

Die SPD-Europaabgeordneten zeigten sich zufrieden mit der Abstimmung des Europäischen Parlaments über den Bericht zur Anwendung des Lohngleichheitsgrundsatzes für Männer und Frauen. „Gleichwertige Arbeit verdient gleichen Lohn. Deshalb fordern wir die Mitglied-

staaten dazu auf, Ziele, Strategien und Fristen für den Abbau des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen festzulegen. Leider besteht in diesem Bereich noch ein großer Handlungsbedarf“, sagte die SPD-Europaabgeordnete Constanze Krehl.

TERMINE

■ 11. bis 13. Mai 2012

Was? Journalistentreffen
Wo? Straßburg

■ 13. Juni 2012, 17.00 Uhr

Was? Besuchergruppe Gymnasium Markgröningen
Wo? Straßburg

■ 14. Juni 2012, 11.00 Uhr

Was? Besuchergruppe des Vorstands der AG 60 Plus BW
Wo? Straßburg

■ 14. Juni 2012, 14.00 Uhr

Was? Besuchergruppe der Realschule Pfullendorf
Wo? Straßburg

■ 18. Juni 2012, 19.00 Uhr

Was? Veranstaltung zur Berufsankennung des SPD Stadtverband Baden-Baden
Wo? MEDIA+IT CENTER, Schwarzwaldstraße 139, Baden-Baden

■ 19. Juni 2012, 18.00 Uhr

Was? DGB Sommerfest
Wo? Stuttgart

■ 22. Juni 2012, 11.30 Uhr

Was? Gespräch mit Schülern der Max-Eyth-Realschule
Wo? Hohenheimer Str. 10, Backnang

■ 29. Juni 2012, 15.00 Uhr

Was? Podium Frauen in kommunalpolitischen Ämtern
Wo? Schwäbisch Hall, Altes Schlachthaus

■ 30. Juni 2012, 14.00 Uhr

Was? EUROPAFEST
Wo? Künzelsau, Keltergasse 47



Mit einer breiten Mehrheit forderten die Europaabgeordneten zudem die EU-Kommission auf, bis spätestens Februar 2013 die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Arbeitgebern zu überprüfen und entsprechende Veränderungen zu veranlassen.

Constanze Krehl beharrt darauf, Maßnahmen zu ergreifen, die einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Karriere zu Gute kommen: „Wenn sich die Diskriminierung nicht auf anderem Weg unterbinden lässt, müssen effektive Strafen und Bußgelder zum Zuge kommen. Dafür ist notwendig, den Druck auf die Mitgliedstaa-

ten zu erhöhen, um die bestehende Gesetzeslage auch anzuwenden.“

Hintergrund des Berichtes, in den nahezu alle Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion aufgenommen wurden, ist das immer noch starke Lohngefälle zwischen den Geschlechtern: Frauen verdienen in der gesamten Europäischen Union im Durchschnitt 16,4 Prozent weniger als Männer. In Deutschland liegt der Lohnunterschied von Männern und Frauen sogar bei 23 Prozent. Trotz der seit knapp 40 Jahren bestehenden Gesetzgebung und trotz der ergriffenen Maßnahmen zur Verringerung des Lohngefälles ist nur ein

äußerst geringer Fortschritt erkennbar.

Die letzte Richtlinie aus dem Jahr 2008 zur Verwirklichung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen hat die Bedingungen für Frauen im Arbeitsmarkt zwar generell leicht verbessert, eine wesentliche Änderung der Rechtslage zur Angleichung der Lohnunterschiede hat sie aber nicht erbracht.

„Es ist höchste Zeit, dass die EU-Kommission endlich handelt und die bereits bestehende Gesetzgebung entschlossen anwendet, um diese Missstände zu beseitigen“, so Constanze Krehl abschließend. ■

NEUES AUS EUROPA

GRENZÜBERSCHREITENDE ARBEITSVERMITTLUNG:

Neue Jobs für junge Leute im Ausland

Die Europäische Kommission will es EU-Bürgern zwischen 18 und 30 Jahren einfacher machen, einen Arbeitsplatz in einem anderen Mitgliedstaat zu finden. 5.000 Jobsuchenden soll mit dem Pilotprojekt „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“ geholfen werden. Das Programm wird von den Arbeitsagenturen in Deutschland, Spanien, Dänemark und Italien an-

geboten und steht jungen Menschen aller EU-Staaten offen. Es dient auch als Test auf dem Weg, das europäische Netzwerk der Arbeitsagenturen EURES zu einer grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung auszubauen.

Das Pilotprojekt vermittelt Informationen, wie sich ein Job im Ausland finden lässt

und welche Fördermöglichkeiten es bei der Suche gibt. Auch Fördermöglichkeiten für Unternehmen, die junge Leute aus anderen EU-Staaten einstellen wollen, werden genannt. ■

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=993&langId=de>

BADEGEWÄSSER IN DER EU:

Qualität hat sich weiter verbessert

Die Europäer können sich auf eine unbeschwerte Badesaison freuen. Im vergangenen Jahr hat sich die Wasserqualität der Badestellen an den Küsten, in Seen und Flüssen quer durch die EU weiter verbessert, wie aus dem neuesten Badegewässerbericht der EU-Kommission hervorgeht. Von über 21.000 untersuchten Badestellen erfüllten 92,1 Prozent die Mindestanforderungen der EUBadegewässerrichtlinie.

Wie schon in den Vorjahren war die Wasserqualität an den Meeresstränden der EU besser als in Flüssen und Seen. Über 93 Prozent der Badestrände an Küsten erfüllten die Mindestvorgaben und über 80 Prozent erhielten das Prädikat „exzellent“. Im Binnenland waren das lediglich knapp 90 beziehungsweise gut 70 Prozent.

Der reformierten EU Badegewässerrichtlinie zufolge muss die Wasserqualität mindestens einmal im Monat getestet

werden. Gesucht wird unter anderem nach Fäkalbakterien, Mineralölrückständen, Reinigungsmittelschaum und giftigen Säuren. Entscheidend für die Einstufung einer Badestelle als „exzellent“, „gut“, „ausreichend“ oder „schlecht“ oder für das Aufstellen eines Verbotsschildes ist der Mittelwert von Messdaten aus drei bis vier Jahren.

Wie einzelne Badestellen abgeschnitten haben, können die EU-Bürgerinnen und Bürger in Internet-Datenbanken nachsehen. ■

Internetdatenbank zur Wasserqualität: <http://www.eea.europa.eu/themes/water/status-andmonitoring/state-of-bathing-water-1/bathing-water-data-viewer>

Den gesamten Bericht finden Sie unter: <http://www.eea.europa.eu/publications/european-bathing-water-quality-in-2011>

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Moritz Kempfel

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union